

Oskar Wiegert

Vom Ortsgruppenleiter zum Dorfschullehrer

Wolfgang M. Gall

In fast allen Veröffentlichungen zur Geschichte des Nationalsozialismus in Offenburg, zuletzt in Martin Ruchs Publikation über das Novemberpogrom in Offenburg, fällt der Name Oskar Wiegert als fanatischer und skrupelloser Nazitäter. Im Rahmen der Untersuchung der Entnazifizierung der Stadtverwaltung Offenburg fand der Autor weitere Archivadokumente, die bisher noch nicht ausgewertet wurden und interessante Aufschlüsse über seine Nachkriegsbiografie bringen.

Zu Beginn der fünfziger Jahre lässt sich in der Bundesrepublik eine Abkehr von der im vorigen Beitrag beschriebenen Entnazifizierungspolitik feststellen. Schritt für Schritt setzte sich ein Nazi-Begriff durch, „der auf Rabauken und Sadisten passte, aber die partei-organisatorisch nicht recht greifbaren Unterstützer in herausragenden Positionen – Wirtschaftsmanager, Richter, Bürokraten, Professoren – ausfilterten.“¹ Dieses Milieu hatte sich nicht mit den kleinen Pöstchen abgegeben, wie Kassenverwalter, Zellenleiter, Blockwart etc. Einfach zu belangen waren die Raufbolde, Querulanten. Sie besaßen teilweise Hemmungen, den plebejischen NS-Verbänden mehr als nominell beizutreten und hatten ihren Einsatz auf viel effizientere Weise bewiesen, nur blieb davon im formalen Raster der Entnazifizierung nicht viel hängen. Letztendlich existierte in den fünfziger Jahren ein „gewisses Solidaritätsgefühl zwischen Nazis und Nicht-Nazis.“ In vielen Gemeinden gab es oftmals eher eine Sympathie für den verteufelten Nazi als für die Opfer des Nationalsozialismus. Die Mitarbeiter der Spruchkammern, die im Gegensatz zur Mehrheit der Bevölkerung sich dem System widersetzt hatten, waren bereits gegen eine Wand des Schweigens gestoßen. Sie waren der Bevölkerungsmehrheit oft fremd, suspekt und lästig.²

Ein typischer Fall für den Wandel im Umgang mit den ehemaligen Tätern in der bundesrepublikanischen Gesellschaft in den 1950er-Jahren ist der Fall des ehemaligen Rektors der Mädchenschule und Stadtrats *Oskar Wiegert*³, der politisch als Vorsitzender der Ortsgruppe Offenburg der NSDAP und Schriftleiter der regionalen Beilage des „Führer“, die „Ortenauer Volkswarte“, tätig war. Seine Rehabilitation verlief im Stillen, hinter den Kulissen und mit der Unterstützung erstaunlich vieler Helfer quer durch alle politische Lager. „Meiner Meinung“, so schreibt Wiegert in einer handschriftlichen Stellungnahme zu seinem Engagement für die NS-Bewegung nach 1945, sei die „NSDAP die geeignete politische Bewegung zur Lösung der sozialen Frage (...) Mein Beweggrund war (...) stets die Sorge



Oskar Wiegert, Vorsitzender der Ortsgruppe Offenburg der NSDAP. Quelle: StaO 13/402

um das Wohlergehen der arbeitenden Bevölkerung.“⁴ Wie glühend sein Bekenntnis zur NS-Bewegung war, zeigt der Schluss seines 1934 verfassten Vorwortes zur Festschrift „Zehn Jahre Ortsgruppe der NSDAP Offenburg 1924–1934“, zu deren frühen Mitgliedern er gehörte:⁵

„Alles ist anders geworden. Die Mächte der Finsternis sind zerschlagen. Vom Offenburger Rathaus weht heute die Hakenkreuzfahne. In Offenburgs Schulen schaut das Bild Adolf Hitlers mahnend auf das kommende Geschlecht herab. Durch Offenburgs Straßen marschiert Adolf Hitlers Jugend. Diese Zeichen eines neuen Geistes werden bleiben, sie werden nie vergehen. Das ist der beste Lohn, den wir für die Opfer der letzten Jahrzehnte erhalten konnten, doch wollen wir nicht erlahmen, sondern wachen und weiterkämpfen. Es geht um die deutsche Seele. „Deutschland muß leben, und wenn wir sterben müssen.““

Wiegert, Jahrgang 1908, ist ein typisches Beispiel für die Generation zwischen 1902 und 1914, der sogenannten „Nachkriegs-“ oder „Kriegsjugendgeneration“, die unter den düsteren Bedingungen des Krieges und der Nachkriegsjahre aufwuchs. Im Gegensatz zu den Älteren fehlte ihnen das Fronterlebnis.⁶ Stattdessen lebten sie unter den Bedingungen der Inflation

und Wirtschaftskrise und hatten enorme Schwierigkeiten, einen sicheren beruflichen Aufstieg zu erreichen. Die Beziehung zur ihren Vätern war geprägt durch deren Abwesenheit in den Kriegsjahren 1914–1918. Nach dem Krieg erlebten die Söhne ihre Väter oftmals als „psychisch und physisch behinderte Männer, die als Verlierer das Schlachtfeld verlassen hatten.“⁷ Die orientierungslosen Nachkriegsjugendlichen kämpften mit widrigen äußeren Umständen und standen auf der Schattenseite der Moderne. Die entstehenden Deklassierungs- und Zukunftsängste trugen dazu bei, dass sich die Kriegsjugendgeneration vom politischen System der Weimarer Republik entfremdete. Die Diskrepanz zwischen dem aus wilhelminischer Zeit stammenden Statusbewusstsein und der Realität der besonders prekären sozialen Lage verstärkte die Deklassierung. Hieraus entstand das Potential für die Politisierung und Radikalisierung der akademischen Jugend am Ende der Weimarer Republik.

Götz Aly betont in seinem Buch „Hitlers Volksstaat“ das niedrige Durchschnittsalter der führenden Parteipersonlichkeiten. Die jungen Deutschen „sahen darin eine Verlängerung der Jugendbewegung, ein körperliches und geistiges Anti-aging-Programm. Die tonangebenden 20- bis 30-jährigen erhoben sich (...) verächtlich über die Kleingeister.“⁸ Aly spricht von einer „Jugenddiktatur des Nationalsozialismus“.

Im Alter von 16 Jahren wurde Oskar Wiegert 1923⁹, während der französischen Besetzung Offenburgs vom Bezirksamt vorgeladen, weil die französischen Besatzer ihn gemeinsam mit anderen Jugendlichen der Geheimbündelei verdächtigten. Ein Jahr später zählte er zu den Mitbegründern der Wikung-Jugend (Ehrhardt-Brigade), die 1924 in der NSDAP-Ortsgruppe Offenburg aufging. Dazu gehörten auch der spätere Kultusminister *Otto Wacker*, der spätere Stadtangestellte *Georg Aßmus*, und die Schüler *Hermann Nickles* und *Ludwig Zind*. 1928, nach der Neugründung der NSDAP stieg Wiegert zum Kassenwart auf. In der Partei-Festschrift wird erwähnt, dass er, um die erste SA-Fahne Mittelbadens zu finanzieren, von Haus zu Haus ging, um Geld zu sammeln. 1931 arbeitete er ohne eine Vergütung als Schulamtsbewerber in der Mädchenrealschule Offenburg. Auch in seiner Schule machte Wiegert nicht Halt vor der Parteipropaganda. Mehrere Schülerinnen sagten 1931 aus, dass er eine Ausgabe der Ortenauer Volkswarte an Schülerinnen verteilt habe, in der ein hetzerischer Artikel über die Mädchenrealschule abgedruckt war. Der Schulleitung fehlte letztendlich der Beweis, da Wiegert die Tat vehement abstritt. Er war inzwischen auch Schriftleiter der Zeitung, die als Lokalausgabe des NS-Hetzblattes „Der Führer“ üble antisemitische Hetzberichte veröffentlichte.

Nach der Machtergreifung arbeitete Wiegert zunächst noch ohne festen Vertrag als Lehrer an der Mädchen-Realschule in Offenburg. Dann begann Wiegerts große Zeit. Er versuchte aus seiner Position als Nationalsozialist der ersten Stunde Kapital zu schlagen und forderte eine feste Hauptlehrer-

stelle: „Da ich aufgrund langjähriger führender Tätigkeit innerhalb der NSDAP – meine Mitgliedsnummer befindet sich unter 100.000 – große finanzielle Opfer bringen musste, die meine Schuldenlast noch vergrößerten (...)“.¹⁰ 1934 wurde Wiegert mit einem Zeitvertrag als Lehrer angestellt und stellte seine Schriftleitertätigkeit beim „Führer“ zum Jahresende 1934 ein. Inzwischen erhielt er großen Beistand durch den NS-Kreisleiter Karl Rombach, der in einem Schreiben am 11. März 1935 an Minister Wacker vorschlug, Wiegert zum Hauptlehrer zu ernennen. Wiegert gehöre „zu den verdiensteten und ältesten Parteigenossen in Mittelbaden und „wohl auch zu den ersten Lehrern in ganz Baden“, der nicht nur Mitglied der NSDAP ist, sondern auch in der schwersten Kampfzeit sich offen und ohne Rücksicht auf etwaige Folgen für dieselbe eingesetzt hat. Wiegert ist bei der geringen Zahl geeigneter Parteigenossen im Kreis Offenburg insbesondere auch in der Stadt Offenburg unentbehrlich.“

Inzwischen baute Wiegert seine politische NS-Karriere weiter aus und wurde im August 1935 Stadtrat und Ortsgruppenleiter der NSDAP. Der Ziehsohn des berüchtigten Karl Rombach gehörte als einer der wichtigsten NS-Funktionäre im Alter von nur 27 Jahren zum „inner circle“ der NS-Herrschaft in Offenburg. Trotz des politischen Drucks von Seiten der Partei lehnte das Kultusministerium eine Anstellung Wiegerts als Hauptlehrer mit dem Argument ab, die Mädchenrealschule sei überbesetzt. Am 23. April 1936 schrieb das Ministerium, dass die Stadt eine überplanmäßige Stelle finanzieren müsse, wenn sie unbedingt Wiegert haben wolle, was der mit dem Kreisleiter verkrachte Oberbürgermeister Dr. Wolfram Rombach ablehnte. Stattdessen sollte eine überplanmäßige Lehrerinnenstelle für den jungen Nationalsozialisten freigemacht werden. Kreisleiter Karl Rombach sprach sich dagegen aus und führte an, dass immer noch Lehrkräfte dort arbeiten, die kein Parteimitglied seien und viele Frauen dort tätig seien, die weniger Stunden arbeiten. Schließlich erfolgte die Ernennung zum Hauptlehrer wenig später. 1938 erklärte Wiegert der Schulbehörde, dass er „aus weltanschaulichen Gründen keinen Religionsunterricht mehr erteilen werde“. Der Name Otto Wiegert taucht in den Akten und Aussagen von Zeitzeugen immer wieder als handelnder NS-Täter auf. Etwa als Denunziant eines städtischen Mitarbeiters, der sich öffentlich kritisch gegen den NS-Staat äußerte. Infolge der Denunziation wurde dieser vom Dienst entlassen. Er nahm sich wenig später das Leben.¹¹

In den Blick der Ermittlungsbehörden geriet Oskar Wiegert 1946 wegen seiner Beteiligung an der Reichspogromnacht in Offenburg am 10. November 1939. Dafür musste er 1948 beim Synagogenprozess vor Gericht. Einhellig berichten die Zeugen über Wiegerts aktive Rolle bei den Geschehnissen. „Der Wiegert Oskar ist vorausmarschiert. Wir sind dann vom Café runter zum *Palmengarten*, und da hab ich sie gesehen, wie sie vorbeimarschiert sind, der Wiegert voraus, und die Männer mussten singen:

„Muß ich denn zum Städtele hinaus!“ SS-Obersturmführer Leonard Schlaffer sagte aus, dass dieser den Zug zum Bahnhof selbst angeführt habe.¹² Vor dem Rathaus hielt er eine kleine Ansprache.¹³ Zeitzeuge Hermann Lott erinnert sich: „Wiegert war Lehrer einer Parallelklasse, das war natürlich ein Nazi. Der hat 1938 bei der Plünderung der Synagoge eine Rolle gespielt (...).“ Polizeioberwachtmeister Johann Reger bestätigte dies. Es seien Gegenstände der Synagoge unter seiner Leitung und Aufsicht verbrannt worden. Er habe sich „als gemeiner Hetzer gebärdet und die Volksmassen gegen die Gefangenen aufgestachelt.“¹⁴

Doch zurück zu Wiegerts weiterer Karriere im Dritten Reich. Inzwischen war die Stelle des Rektors freigeworden. Wiegert bewarb sich um die Nachfolge. Das Ministerium wollte dem jedoch nicht zustimmen, da er keine Erfahrung als Oberlehrer hatte. Daraufhin verschärfte die Partei ihren Druck. Wiegert wurde nun zum Oberlehrer und kommissarischen Rektor ernannt. Von dem bereits vorgeschlagenen Nachfolger nahm man Abstand aufgrund des „Einflusses verschiedener Stellen.“ So stieg Wiegert aufgrund des Drucks der Partei erneut beruflich die Karriereleiter hinauf. Am 9. November 1939 stand er am Ziel und wurde im Alter von nur 31 Jahren Rektor der Mädchenrealschule. 1941 folgte für Wiegert der Kriegseinsatz, 1945 Gefangenschaft in verschiedenen Lagern, danach Gefängnisaufenthalt in Offenburg. Von dort kam er ins Lager Lahr-Dinglingen, wo er sich von August 1946 bis August 1948 aufhielt.

Bereits 1946 beschäftigte sich der Gemeinderat mit dem Novemberpogrom von 1938. Auf der Stadtratssitzung vom 6. November 1946 wandte sich Bürgermeister Gustav Weghaupt an die Staatsanwaltschaft, mit dem Anliegen, „die Haupttäter an dem Synagogensturm in Offenburg nachträglich zu strafrechtlicher Verantwortung“ zu ziehen. Die Staatsanwaltschaft übernahm umgehend das Verfahren und leitete eine Reihe von Verhören jener Männer ein, die von verschiedenen Personen als Beteiligte genannt wurde.¹⁵ Das Verfahren gegen die Täter des 9./10. November 1938 sollte, so der Tenor der Staatsanwaltschaft, „den Schandfleck, der seit dem 10. November 1938 auf Offenburg ruht, zu tilgen, um ein großes Unrecht, begangen an alten Offenburger Familien, nur, weil sie jüdischen Glaubens waren, wiedergutzumachen“.

Der in Offenburg verhasste NSDAP-Kreisleiter *Karl Rombach* wurde 1948 wie 15 weitere Personen vor dem Schwurgericht in Offenburg wegen Beteiligung an dem Offenburger und Diersburger Novemberpogrom angeklagt. Am 21. Juni 1948 erfolgte seine Verurteilung wegen „Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Tateinheit mit schwerem Landfriedensbruch zu einer Zuchthausstrafe von 5 Jahren und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf 5 Jahre“. Oskar Wiegert erhielt eine Zuchthausstrafe von 2 Jahren und sechs Monaten. Er wurde zudem wegen „Anreizung zum Klassenkampf und gemeinschädlicher Sachbeschädigung“ verurteilt. Seine bür-

gerlichen Ehrenrechte wurden auf drei Jahre aberkannt.¹⁶ Im Urteil ist zu lesen: „Wiegert ist nach außen hin am meisten in Erscheinung getreten. Er stelle seine Tätigkeit so dar, als habe er überall beruhigend gewirkt. In Wirklichkeit hat er durch seine Mitwirkung mehr als andere geschadet und hat der Jugend ein schlechtes Beispiel gegeben. Die Jugend hat sich auch sehr stark an den Demonstrationen beteiligt. Er hätte als Lehrer mehr Urteilskraft haben müssen und nicht bei allen Ausschreitungen dabeisein dürfen. Mildende Umstände waren ihm zu versagen.“¹⁷

Die Folgen des Synagogenprozesses zogen sich aufgrund von Revisionen und Gnadengesuchen bis in die fünfziger Jahre hinein. 1950 wurde das Strafmaß in einem Revisionsprozess für den ehemaligen gefürchteten NSDAP-Kreisleiter Karl Rombach erheblich herabgesetzt.

Wiegert bat im Januar 1953 um Gnade mit dem Hinweis, dass einst führende Nationalsozialisten längst wieder in Ämter gelangt und rehabilitiert worden seien. Auch habe er durch seine Internierung keine Gelegenheit wie die in Freiheit befindlichen Täter sich Alibis und Entlastungszeugen zu beschaffen. Doch die Strafkammer am Landgericht Offenburg blieb konsequent und urteilte 1955:

„Die Strafkammer ist nach wie vor der Auffassung, daß Wiegert an den Vorgängen vom 10.11.1938 in einer Art und einem Ausmaß beteiligt war, daß er unbedingt als Hauptverantwortlicher anzusprechen ist. Die gegen ihn erkannte Zuchthausstrafe ist daher durchaus zu Recht ausgesprochen worden.“¹⁸ Nach seiner Entlassung versuchte Wiegert sich als Waschmittelverkäufer, Anzeigenwerber und Reisevertreter über Wasser zu halten. Seine Kontakte von früher hatte er aber beibehalten. Und so versucht er, wie zu Beginn seiner Karriere durch Zuhilfenahme politischer und persönlicher Freunde beruflich wieder Fuß zu fassen.

So findet sich in den Akten ein Schreiben des Direktors des Badischen Landtags Hans Arnold vom 10.4.1951 an Ministerialrat Dr. Nunier, Direktor des Oberschulamtes:

„Ein Bekannter von mir, Herr Oskar *Wiegert*, Offenburg, i. Baden, Stadtwaldstr. 16 wurde im Jahre 1945 aus dem Schuldienst in Offenburg entlassen. Sein Säuberungsurteil lautete: Schuldig mit 5 Jahren Bewährung. Diese Frist läuft m. W. ab. Herr Wiegert hat nun ein Gesuch um Kürzung der Bewährungsfrist eingereicht, damit er evtl. wieder in den Schuldienst aufgenommen werden kann. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie in dieser Sache etwas positives tun könnten ...“¹⁹ Wiegert sei immer bemüht gewesen, die Schule vom Einfluss der Partei freizuhalten. Es sei sicherlich „nicht einfach, Herrn Wiegert wieder in den Schuldienst zu übernehmen, aber vielleicht gibt es doch eine Stelle, wo weniger bekannt ist, welche Vergangenheit Herr Wiegert hinter sich hat.“²⁰

Im Stadtarchiv Offenburg befindet sich ein nach Kriegsende von Wiegert handschriftlich verfasster Lebenslauf²¹: „Eintritt in die NSDAP

am 1. Sept. 1928 in Offenburg. Beweggründe: Verbitterung über die wirtschaftliche Notlage infolge meiner Arbeitslosigkeit.“ Wiegert spielt darin wie die meisten anderen „alten Kämpfer“ jegliche persönliche Verantwortung herunter. Seine langjährige Tätigkeit als redaktioneller Mitarbeiter der Lokalausgabe des Nazi-Hetzblattes „Ortenauer Volkswarte“ und Presserat des „Führers“ bezeichnete er verharmlosend als Mitarbeit an einer „unpolitischen Lokalbeilage“.

Beliebtes Argumentationsmuster war für entlassene Nationalsozialisten, sich selbst als inkompetent und renitent darzustellen, obwohl sie laut ihrer Personalakte freiwillig und sehr engagiert Ämter in zahlreichen NS-Organisationen übernommen hatten. Dazu gehörte die Verharmlosung der eigenen Aufgaben als „reine Büroarbeit“ bzw. die Argumentation „Schlimmeres“ verhindern zu wollen. So schrieb Wiegert, er sei in mehreren Fällen in Konflikt mit den „Parteigrößen“ gekommen. Einmal schien dies auch zu stimmen, als er Oberbürgermeister Rombach wegen einer Schulentcheidung kritisierte. Dabei handelte es sich aber um keine politische Auseinandersetzung. Wiegert gab an, er habe 1935 das Amt des Ortsgruppenleiters übernommen, „in dem Wahn, daß es möglich sei, das Partei- und Staatsgefüge durch die stärkere Beteiligung vernünftigenkender Menschen (wofür ich mich hielt) vor einer katastrophalen Entwicklung zu bewahren.“ Er könne sich auch nicht „erinnern, jemals eine Anzeige gegen ehemalige politische Gegner gerichtet zu haben oder auf Grund einer Denunziation gegen jemand vorgegangen zu sein.“ Aus den Akten geht jedoch hervor, dass Wiegert beispielsweise die Ablösung der zentrumsnahen Lehrerin Amalie Tonoli mit unterzeichnet hat: „Frl. Tonoli war früher eifriges Zentrumsagitorin. Sie hat ihre weltanschauliche Haltung nicht geändert. Sie bildet mit Hauptlehrer Würthle zusammen und den im Schulhaus amtierenden katholischen Geistlichen eine Zelle der schwarzen Opposition.“²² Ebenso denunzierte er den Leiter des Hoch- und Tiefbauamtes Wilhelm Lieberum, der 1936 im Kaffee Strübel sich kritisch über Oberbürgermeister Rombach als Kreisleiter geäußert hatte. Gegen Lieberum wurde wenig später ein Untersuchungsausschuss aktiv. Der Gemeinderat legte diesem nahe, in Pension zu gehen. Rombach vereinbarte mit Lieberum 1937 eine Auflösung des Dienstverhältnisses. Im September 1938 beging dieser aus Verzweiflung Selbstmord.²³

Wiegerts Versuch, die NS-Vergangenheit loszuwerden und begnadigt zu werden, ging weiter. Das Badische Ministerium für Kultus und Unterricht nahm jedoch ablehnend zum Gnadengesuch Stellung: „Ganz abgesehen, dass Wiegert seit 1.9.1928 Mitglied der NSDAP war. Das Amt des Ortsgruppen-, eines Gauabteilungsleiters und eines Rats Herrn bekleidete und Dienstauszeichnungen der Partei in Bronze, Silber und Gold erhielt, sind wir der Meinung, dass ein Lehrer und Erzieher, der sich eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit (hier durch aktive Beteiligung an der Judenver-

folgung) schuldig gemacht hat, nicht mehr als Lehrer verwendet werden darf. Wir bitten daher, das Gesuch des früheren Rektors Wiegert abzulehnen.“ Eine weitere Ablehnung folgte am 1. August 1952.

Drei Jahre später schrieb Wiegerts Rechtsanwalt an das Justizministerium:

„Die Zeiten des früheren Regimes liegen nun seit dessen unheilvollem Ende mehr als 10 Jahre zurück. Was in diesen verflossenen zehn Jahren sich alles unter dem Besatzungsregime abgespielt hat, braucht ja nicht weiter ausgeführt zu werden. Es ist noch in frischer Erinnerung. Wie weit aber heute schon die Entfernung geworden ist, zwischen den damaligen und heutigen Anschauungen und Auffassungen, das zeigt die inner- und außenpolitische Lage jeden Tag aufs Neue. Was man früher in Grund und Boden mit einer nicht zu überbietenden Schärfe verurteilt hat – so z. B. den ‚deutschen Militarismus‘ – wird heute wieder bei uns und bei unseren früheren Gegnern in den Himmel gehoben.“

Der Rechtsanwalt schiebt das Verhalten Wiegerts dessen jugendlichen Alters zu, da er dem Nazi Karl Rombach ausgeliefert gewesen sei. So verschiebt sich Wiegerts Rolle vom aktiven Nazi zum Opfer des NS-Regimes. Ein weiteres Argument, das für Wiegert spreche, sei die Tatsache, dass viele der Mittäter nicht bestraft wurden. „Eine Reihe anderer, ebenfalls hinter den Kulissen führend Beteiligten, deren Namensnennung früher oder später auch heute an sich nichts zur Sache tut, konnten sich bis heute in ihr anonymes Dunkel hüllen und nehmen heute da oder dort unangefochten ihre Stellungen ein.“²⁴ Dem ist nichts hinzuzufügen. 1956 setzte sich der Offenburger Bürgermeister Kilian Schenkel beim Präsidenten des Oberschulamtes Freiburg ein, der jedoch eine Wiederverwendung noch für verfrüht hielt. Die Vergehen seien „doch immerhin sehr schwer und sind von einem großen Teil der Bevölkerung zur Kenntnis genommen worden.“²⁵

Am 8. Februar 1956 erhielt Wiegert den ersehnten Gnadenerlass. Die durch das Synagogenurteil verlorengegangene Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter wurden ihm wieder verliehen. Er wurde nachträglich als „131er“ anerkannt.

Was aus heutiger Sicht irritierend wirkt, ist der breite Zuspruch, den Wiegert von prominenten Offenburger Bürgern aller (!) Couleur erhielt. Darunter befindet sich der Verleger Franz Burda, Oberbürgermeister Karl Heitz, der GEW-Bezirksverein, der Staatsanwalt Meyer und sogar das im Dritten Reich verfolgte KPD-Mitglied Gustav Rothenberger²⁶. Die GEW schreibt: „Seine Verurteilung wurde allgemein bedauert, war man doch überzeugt, dass er das Opfer seiner irrigen politischen Weltanschauung geworden war, die ihm gut zu sein schien“. Der Oberbürgermeister Karl Heitz schreibt: „Wiegert wurde verurteilt, weil er unbestreitbar an der Organisation des Protestmarsches teilgenommen hatte, die ebenso unbestreitbar zu gleicher Stunde in hundert deutschen Gemeinden auf Weisung der

zentralen Befehlsstellen der NSDAP angeordnet worden war. An diesen Demonstrationen haben auf direktem Befehl der Parteistellen Tausende von Deutschen teilnehmen müssen. An den Ereignissen selbst hätte sich nicht das Geringste geändert, auch wenn es den Hauptlehrer Wiegert damals nicht gegeben hätte.“

Selbst der Offenburger Stadtpfarrer unterstützte die Wiedenzulassung Wiegerts. Er habe „die öffentliche Achtung wieder gewonnen“. Nach Rücksprache mit dem katholischen Pfarramt wollte er jedoch anfragen, „ob eine Wiederverwendung nicht eher im Verwaltungsdienst möglich wäre.“ Das Schulamt Offenburg hielt eine „Wiederverwendung des Genannten in der Stadt Offenburg und im Landkreis Offenburg“ für ausgeschlossen. Wiegert sei von seiner früheren Tätigkeit hier sehr bekannt. „Schwierigkeiten, die bis zum Schulstreik führen konnten, sollen nicht heraufbeschworen werden. Die nationalsozialistischen Judenpogrome und was damit zusammenhängt sind noch nicht vergessen, und Lehrer Wiegert war nun einmal als junger Lehrer wesentlich mitbeteiligt. Vorschlag im Landkreis Kehl, in Leutesheim.“ Das Kultusministerium war wohl von dieser Entscheidung nicht unterrichtet worden und äußerte seine Überraschung, dass „der frühere Rektor Wiegert ohne Fühlungsnahme mit dem Ministerium wieder eingestellt worden ist.“²⁷

Der ehemals katholische, dann protestantische Lehrer kam schließlich im September 1957 in der Schule in Durbach-Gebirg unter. Wiegert war von seinem opportunistischen und äußerst taktischen Verhalten, das ihm nach 1933 zum Erfolg verhalf, nicht abgerückt. Vor seinem Einsatz im katholischen Durbach wechselte er, der katholische Lehrerkollegen denunziert und vehement gegen die katholische Kirche gehetzt hatte, noch rechtzeitig die Konfession und wurde wieder Katholik.

Innerhalb der Oberschulbehörde waren sich die verschiedenen Abteilungen in der Beurteilung des Falls Wiegert nicht einig. Während ein Referat sich für dessen völlige Rehabilitierung einsetzte, verwies ein anderes Referat auf den Widerspruch hin, dass sich zwar alle in Offenburg für Wiegert einsetzen würden, aber keiner ihn als Lehrer haben wolle.

Am 5. Juli 1958 kam Wiegert seiner Rehabilitierung einen weiteren Schritt näher. Wiegert, der 1938 sich außerstande fühlte, katholischen Religionsunterricht abzuhalten, erhielt, nach seinem Zwischenspiel als Protestant, nun wieder die Erlaubnis zur Erteilung des katholischen Religionsunterrichts an den Volksschulen.

Doch Wiegert war noch nicht am Ziel. Er wollte die völlige Rehabilitierung und Wiedereinsetzung als Beamter. Doch da verrechnete er sich. Mittlerweile hatte sich die öffentliche Stimmung gewendet. Durch den in den Medien publik gewordenen Fall des Offenburger Studienrats Ludwig Zind konnten die Behörden keine stillschweigende Rehabilitierung eines aktiven nationalsozialistischen Lehrers betreiben:

„Das Oberschulamt erwähnt, daß die Staatsanwaltschaft im Zind-Prozess Wiegert erwähnt hat. Schließlich gehe es nicht darum einen aktiven Beamten wegen judenfeindlicher Äußerungen aus dem Dienst zu entfernen und einen am Synagogenbrand mitschuldig Verurteilten in das Beamtenverhältnis zu berufen.“ Noch deutlicher wurde das Oberschulamt Südbaden in einem Schreiben an das Kultusministerium am 8. Februar 1960: „Durch die in der Öffentlichkeit durch neofaschistische und antisemitische Tätigkeit gewisser Kreise ausgelöste Reaktion sind die gegen die Wiederverwendung des ehemaligen Rektors Oskar Wiegert im Oberschulamt immer vorhanden gewesenen großen Bedenken erneut vertieft worden. Es werde von einem weiteren Lehrer gesprochen, der sich aktiv beteiligte und inzwischen wieder Beamter ist.“

Der Fall Zind

Der Fall des Gymnasiallehrers Ludwig Zind, der wegen antisemitischer Äußerungen („Meiner Meinung nach sind viel zu wenig Juden vergast worden“) in einem Offenburger Wirtshaus gegenüber dem „Halbjuden“ Kurt Lieser strafrechtlich belangt wurde, kam bundesweit in die Schlagzeilen. Für Diskussion sorgte dabei u. a. die Tatsache, dass Zind mit seiner antisemitischen Meinung in Offenburg nicht alleine stand, wie dies der Leserbrief eines pensionierten Offenburger Studienrates bewies, der schrieb, „dass ein Großteil der Offenburger Prominenz versuchte, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln, den Studienrat seiner gerechten Strafe zu entziehen. Ein Offenburger Geschäftsmann äußerte mir gegenüber, man dürfe diesen Mann nicht so scharf anpacken, denn schließlich sei doch sein Verhalten ‚urdeutsch‘.“²⁸

Der Prozessbeobachter der „Welt“ beschrieb, in seinem Artikel *Sind noch mehr Zinds unter uns?*: „Die gewittrige Atmosphäre des Offenburger Prozesses weckte immer wieder diese bange Frage. Da waren bei der Verhandlung, auf der Straße und in den umliegenden Lokalen die zahlreichen Anhänger Zinds, die jeden Hassausbruch ihres Helden mit ebenso unverhohlener Freude registrierten, wie jede vermeintliche Niederlage seiner Ankläger. (...) Und da waren schließlich die vielen gutgekleideten Damen und Herren, die nach dem Urteilsspruch gegen Mitternacht für den mit stolzem Lächeln im korrekten Stresemann aus dem Gericht hinausschreitenden Zind Spalier bildeten seinen Wagen umringten, Taschentücher schwenkten, ihre unverminderte Sympathie bekundeten und in den bis zum Morgen andauernden Wirtshausdebatten immer wieder erklärten: ‚Das hat der brave Mann wirklich nicht

verdient‘, und ‚Jetzt werden die Juden erst recht wieder frech werden‘.²⁹

Der Historiker Andreas Lörcher erwähnt in seiner Dissertation über den Fall Zind, dass in zahlreichen Briefen, die in den staatsanwaltlichen Akten zum Fall gesammelt wurden, dieselben pro nationalsozialistisch antisemitischen Argumente und Argumentationsmuster auftauchen.³⁰

Der Fall Zind, der wie Wiegert zur Nachkriegsgeneration gehört, verdeutlicht einmal mehr, wie stark Ansichten über das Dritte Reich und die Judenverfolgung im privaten Bereich in den fünfziger Jahren verbreitet und akzeptiert waren und einem typischen Darstellungsmuster folgten, die im öffentlichen Diskurs hingegen tabu waren. Demnach grenzte man sich selbst und Bekannte gegen die „Nazis“ ab, welche in den Erzählungen als konturlose, fremde Verbrecher auftreten.

Das erneute Gesuch Wiegerts wurde vom Gnadenausschuss abgelehnt. Das Oberschulamt bekam inzwischen Bedenken und forderte einen Bericht, ob es Schwierigkeiten in Durbach mit Wiegert gäbe. Dem war nicht so. Sowohl der Pfarrer als auch der Bürgermeister hielten ihn für geeignet. Er lebe zurückgezogen und trete politisch und gesellschaftlich nicht in Erscheinung. Das Oberschulamt berichtete dem Kultusministerium von den positiven Schreiben, befürchtete aber, dass im Rahmen von „Zind“ der Fall Wiegert öffentlich werde. 1961 gab Wiegerts Anwalt bekannt, das Verfahren endgültig ruhen zu lassen. Er blieb bis zur Erreichung des Ruhestands in Durbach Lehrer und verstarb 1981 in Offenburg.

Anmerkungen

- 1 Friedrich, Jörg: Die kalte Amnestie, NS-Täter in der Bundesrepublik, Berlin 2007, S. 146 f.
- 2 Bajohr, Frank: Das gute Leben im Falschen, in: ZEITGeschichte, 4, 2008, S. 66.
- 3 (1908–1981).
- 4 StaO 28/1/13.
- 5 Zehn Jahre! NSDAP-Ortsgruppe Offenburg. Festbuch zur 10-jährigen Gründungsfeier am 17. und 18. März 1934. Herausgeber: Oskar Wiegert im Auftrag der NSDAP Offenburg.
- 6 Vgl. hierzu: Poggio, Marlon: Felix Wankel – ein Wegbereiter des Nationalsozialismus in Baden?, in: Die Ortenau, 88, 2008, S. 483.
- 7 Lörcher, Andreas: Antisemitismus in Alltag und öffentlicher Debatte der späten fünfziger Jahre. Mikrohistorische Studie und Diskursanalyse des Falls Zind, Diss. Freiburg 2008, S. 94 f.

- 8 Aly, Götz: Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Berlin 2006, S. 12.
- 9 Vgl. Anm. 5, S. 9–13.
- 10 Staatsarchiv Freiburg, StaF L50/1 14723 Oskar Wiegert, Schreiben 5.12.33 an das Min. d. Kultus, Unterrichts und der Justiz Abt. Unterricht Karlsruhe.
- 11 Ruch, Martin: Verfolgung und Widerstand in Offenburg 1933–1945, Offenburg 1995, S. 153 ff.
- 12 Martin Ruch: Das Novemberpogrom 1938 und der Synagogenprozeß 1948 in Offenburg. Verfolgte berichten. Täter stehen vor Gericht, Norderstedt 2008.
- 13 Vgl. Anm. 12, S. 65.
- 14 Vgl. Anm. 12, S. 84.
- 15 Ebenda.
- 16 Der bereits entlassene städtische Gelderheber *Josef Schilli (1911–1974)* erhielt 5 Monate Gefängnis und wurde 1949 als „Minderbelasteter“ eingestuft. Schilli hatte selbst zugegeben, die Gebetsrolle aus dem Fenster der Synagoge geworfen zu haben. Er erhielt eine Bewährungsfrist für 2 Jahre und Rückstufung zum Angestellten. 1951 lehnt der Stadtrat die Wiederbesetzung ab. Schilli war Mitglied der NSDAP seit 1.6.29, SA seit 1.12.28 und gehörte zum Kreis der Beamten, die als „alte Kämpfer“ eingestellt wurden. Vgl. StaO 8/3403.
- 17 Vgl. Anm. 12, S. 109.
- 18 Vgl. Anm. 12, S. 111.
- 19 StaF D 1803 Nr. 1911.
- 20 Ebenda.
- 21 StaO 28/1/13.
- 22 StaO 28/1/14.
- 23 vgl. Martin Ruch: Verfolgung und Widerstand in Offenburg, S. 153ff.
- 24 StaF D 1803 Nr. 1911, 15.8.1955.
- 25 Ebenda.
- 26 StaF D 1803 Nr. 1911. Schreiben vom 11.6.1956.
- 27 StaF D 1803 Nr. 1911. Schreiben vom 24.10.1956.
- 28 Herber, Franz: Leserbrief, In: Der SPIEGEL vom 8.1.1958, S. 9. aus: Andreas Lörcher, S. 159.
- 29 aus: Lörcher, Andreas: Carl Steinhausen: Sind noch mehr Zinds unter uns? in: Die Welt v. 14. 4. 1958, S. 171.
- 30 Vgl. Anm. 29, S. 91.